67. Jahrgang. № 456 — Dienstag, 17. Oktober 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210,—. Einzelnummer M. 10,—, Sonntagsausgabe M. 12,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile M. 25,—, außerhalb Sachsens M. 30,—. Familienanzeigen und Stellengesuche unter Wegfall jeden weiteren Rabatts M. 15,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Wepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

PIANOS Weltmarke. **Wolfframm** FLÜGEL Weltmarke.
Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

Russische Macher der Berliner Unruhen?

Die planmäßige Vorbereitung. — Ein kommunistisches Sanitätsdepot.

Ueber 100 Verletzte.

Berlin, 16. Okt. Bei den am Sonntag stattgefundenen blutigen Kämpfen haben, wie jetzt festgestellt wurde, weit über 100 Personen, Demonstranten und Unbeteiligte, schwere Verletzungen durch Dolchstiche und Hiebe mit Eisenstücken erhalten. Der Berliner Polizeipräsident hat umfangreiche Ermittelungen nach den verantwortlichen Urhebern der Unruhen anstellen lassen. Insgesamt sind bisher 70 Personen festgenommen und verhört worden. Für die weitere Aufklärung der Schuldfrage ist eine Belohnung von 500000 Mk. ausgesetzt worden. Es ist auch aufgefallen, daß sich unter den angreifenden Kommunisten zahlreiche Russen befanden, die ihre Leute auf die verschiedenen Plätze verteilten. Das Planmäßige des ganzen Vorgehens auf kommunistischer Seite ist jetzt einwandfrei festgestellt. Die Kommunisten hatten in einem dem Zirkus Busch gegenüberliegenden Haus ein großes Sanitätsdepot eingerichtet, mit zahlreichen Tragbahren, gepolsterten Krankensesseln, Verbandzeug usw., das nachher von der Polizei beschlagnahmt wurde. Außerdem ist erwiesen, daß etwa 2000 Arbeitslose zu dem Tumult aufgeboten worden sind, denen von bisher unbekannter Seite für die Teilnahme an der Demonstration Geld ausgezahlt worden ist. Weiter wird glaubhaft berichtet, daß die Führer, vor allem auch hier wieder Russen, unter die Menge Geld, Tabak und Zigaretten verteilten, um ihren Kampfesmut wieder zu beleben, wenn dieser erschüttert war.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Hergt gedenkt unverzüglich im Reichstage eine Interpellation einzubringen, die auf die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Richter abzielt. Da die Polizei über das Vorhaben der Kommunisten genügend unterrichtet gewesen sei, hätte es ihr durch Einsatz entsprechender Kräfte gelingen können, eine so blutige Schlägerei zu verhindern. Außerdem will die Deutschnationale Volkspartei aus Anlaß der Sonntagsvorgänge einen Ausbau des Schutzgesetzes dahin verlangen, daß der § 12, der die Sprengung von Versammlungen unter Strafe stellen wollte, auf Forderung der Sozialisten aber seinerzeit gestrichen worden ist, wieder hergestellt wird.

Funktionäre der Kommunistischen Partei als Oberhetzer.

Berlin, 16. Okt. Unter den wegen Beteiligung an den Schlägereien vor dem Zirkus Busch Verhafteten befinden sich mehrere Funktionäre der Kommunistischen Partei, die in verschiedenen Versammlungen der vorigen Woche die Störung der Veranstaltung im Zirkus Busch propagiert hatten. Darunter befindet sich auch der Geschäftsführer des hiesigen Zentralorgans der Kommunisten, der „Roten Fahne", Richard Pfeifer. Der gleichfalls verhaftete Vorsitzende der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion und Redakteur der „Roten Fahne" Max Dörr wurde inzwischen wieder aus der Haft entlassen.

Eine Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten.

Berlin, 16. Oktober. Ein Vertreter des W. T. B. hatte im Berliner Polizeipräsidium heute vormittag Gelegenheit, den Polizeipräsidenten über die gestrigen Vorgänge am Zirkus Busch zu befragen. Der Polizeipräsident führte aus: Die Prüfung hat ergeben, daß es sich im Zirkus Busch nicht um eine Veranstaltung handelte, die nach dem Gesetz zum Schutze der Republik zu verbieten gewesen wäre. Ich beauftragte die zuständige Stelle, die Kommunistische Partei vor einer Störung der Versammlung zu warnen und sie auf die Folgen aufmerksam zu machen. Trotzdem brachte die „Rote Fahne" es sogar fertig, einen Aufruf der Funktionäre der Kommunistischen Partei zu bringen, der zur planmäßigen Störung und damit zur Begehung strafbarer Handlungen geradezu aufforderte. Dies zu einem Verbot der Veranstaltung zu benützen, habe ich abgelehnt, weil ich eine derartige Unterbindung der Versammlungsfreiheit unter keinen Umständen dulden kann. Ich habe dann nochmals eine dringende Warnung durch die Presse verbreiten lassen, die aber jedenfalls die Kommunisten nicht veranlaßt hat, von ihrem verbrecherischen Vorhaben abzustehen. Gleichzeitig habe ich alle die Maßnahmen angeordnet, die zum Schutze der Versammlung und zur Verhinderung von Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung nötig waren. Meine Untersuchung hat festgestellt, daß die zuständige Dienststelle der Schutzpolizei mit einem derartig frühzeitigen Eintritt von Tumulten nicht gerechnet hatte. Die hierfür verantwortliche Stelle werde ich mit allem Nachdruck zur Verantwortung ziehen. Die Versammlung selbst konnte zur festgesetzten Zeit ungestört tagen. Daß die uns durch das Verbot der Entente aufgezwungene Lockerung der inneren Organisation der Schutzpolizei früher oder später ihre üblen Folgen klar erweisen würde, haben die Vorkommnisse ebenfalls dargetan. Ich habe angeordnet, daß den Veranstaltern und Teilnehmern an den Gewalttätigkeiten mit allen zur Verfügung stehenden polizeilichen Mitteln nachgespürt wird, um sie der Bestrafung zuzuführen. Die hohe Belohnung von 500 000 Mark für eine zweckdienliche Mitteilung über die Verbrecher wird die Arbeit der Polizeiorgane wirksam unterstützen. Die verantwortlichen kommunistischen Kreise werden sich jetzt nicht darüber zu beklagen haben, daß sie die volle Strenge des Gesetzes trifft.

Die Parteien zur Reichspräsidentenwahl.

Besprechungen beim Kanzler.

Neue Lage. — Verschiebungsvorschlag hinfällig. — Verfassungsänderndes Reichsgesetz?

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Oktober. Bei dem Reichskanzler fand über die Frage der Wahl des Reichspräsidenten heute eine Besprechung mit den Parteiführern statt. Vertreten waren die Sozialdemokratie, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und die Bayrische Volkspartei. Dr. Stresemann machte die Bedenken geltend, die seine Partei gegen die Vornahme der Wahl an dem vorgesehenen Termine, dem 3. Dezember habe. Die Vertreter der übrigen Parteien schlossen sich entsprechend ihrer Stellungnahme in den früheren Beratungen diesen Bedenken an, die zurückzustellen sie nur dann sich bereit erklärten, wenn die Verschiebung der Wahl aus verfassungsmäßigen Gründen unmöglich wäre. **Die Vertreter der Sozialdemokraten lehnten es im Namen ihrer Fraktion ab, einem Vorschlag auf Verschiebung der Wahl und damit auf eine Verlängerung der provisorischen Stellung des Reichspräsidenten zuzustimmen.** Ihre Partei sei nach wie vor für Vornahme der Wahl an dem vorgesehenen Termine. Nur ein verfassungsänderndes Gesetz, das die provisorische Stellung des derzeitigen Reichspräsidenten in eine verfassungsmäßige Definitive umwandle, könne, da die Entscheidung dem Reichstag zustehe, die Lage ändern. Ob ihre Fraktion diesen Weg beireten werde, lassen sie dahingestellt. Der Reichskanzler stellte fest, daß die Aussprache mit den Parteien insofern **eine neue Situation** geschaffen habe, als die bürgerlichen Parteien noch einmal den Versuch unternommen hätten, die Wahl zu vermeiden. Durch die Erklärung der Sozialdemokraten sei jedoch der **Vorschlag der Deutschen Volkspartei, den Wahltermin hinauszuschieben,** hinfällig geworden. Die Parteivertreter erklärten darauf, sie würden über die Lösung der Situation durch ein verfassungsänderndes Gesetz mit ihren Fraktionen Rücksprache nehmen, worauf die Aussprache auf Mittwoch vertagt wurde.

Mittelbare Wahl des Reichspräsidenten?

Berlin, 16. Okt. Die Frage der Reichspräsidenten-Wahl steht auf der Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung des Reichstages. In Parlamentskreisen werden Meinungen laut, die die jetzige Gestaltung des Reichspräsidentenwahlgesetzes für inopportun halten, und eine Aenderung dieses Gesetzes lebhaft wünschen. Dabei ist man der Ansicht, daß eine Aenderung dieses Gesetzes etwa nach amerikanischem Muster in der Form erfolgen soll, daß künftig nicht die Person des Reichspräsidenten selbst sofort gewählt wird, sondern erst eine Wahl von Wahlmännern durch das Volk erfolgen soll. Es ist möglich, daß diese Frage in Parlamentskreisen in nächster Zeit eine große Rolle spielen wird.

Ein Vertrauensvotum für Ebert.

Berlin, 16. Oktober. Auf Grund des Ergebnisses der heutigen interfraktionellen Besprechung beim Reichskanzler hält es das „B. T." für wahrscheinlich, daß die Koalitionsparteien zusammen mit der Deutschen Volkspartei in der Reichstagssitzung am Mittwoch eine gemeinsame Erklärung abgeben werden, worin dem Reichspräsidenten das Vertrauen ausgesprochen und er ersucht wird, das Amt vorläufig weiterzuführen.

1519 Milliarden Papiermark als Moratoriumsleistung 1922.

Berlin, 16. Okt. Der Reichsrat nahm heute u. a. den 4. Nachtragsetat für 1922 an, der zunächst die im Laufe des Sommers und Herbstes gewährten Teuerungszuschläge legalisieren soll. **Die Kreditermächtigung für den Reichsfinanzminister wurde um 120 Milliarden erhöht, die zum überwiegenden Teil wegen der Zahlungen aus dem Friedensvertrage nötig sind. Während auf Grund des Moratoriums vom 21. März 1922 720 Millionen Goldmark in Barzahlungen und 1450 Millionen in Sachleistungen zu bewirken waren, die nach dem Umrechnungsverhältnis von 1 : 70 zusammen 151,9 Papiermilliarden ausmachten, muß heute ein Umrechnungsverhältnis von 1 : 700 zugrunde gelegt werden. Dadurch sind die Ansätze auf 1519 Papiermilliarden zu erhöhen. Wie der Berichterstatter hervorhob, sind das Forderungen, die jedes vernünftige Maß übersteigen und denen man eigentlich nur noch fassungslos gegenüberstehen kann.**

Ein weiterer Kredit von 120 Milliarden ist für die Reichsgetreidestelle zur Bezahlung des Umlagegetreides und des Auslandsgetreides vorgesehen; er wird jedoch durch die späteren Verkäufe wieder einkommen. Die bisherigen Rentensätze für Kriegsbeschädigte sollen verdoppelt werden. Gegen die Stimmen Sachsens und der drei Hansestädte wurde ferner die Regierungsvorlage über die Verminderung der Lasten des Reiches aus der Gesetzgebung über das Entschädigungs- und Ausgleichsverfahren aus Anlaß des Friedensvertrages angenommen.

Dollar (Amtlich): 2880
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 2900

Der Wiederbeginn der innerpolitischen Saison.

In dem Augenblick, in dem sich die Reparationskommission anschickt, die hauptsächlichsten Fragen der deutschen Politik, Marksturz, Haushalt und Inflation selbstherrlich zu lösen, mit angeblicher verschärfter Kontrolle — anscheinend nach österreichischem Vorbilde — die Fremdherrschaft über Deutschland endgültig aufzurichten und die Reparationskommission als eigentliche deutsche Regierung nach Berlin zu setzen, hebt bei uns mit dem heutigen Zusammentritt des Reichstages die politische Saison wieder an, und zwar früher als man eigentlich erwartet hatte. War man doch allgemein der Ansicht, daß der Termin des 17. Oktober, nachdem sich die Sommertagung namentlich infolge der Schutzgesetzberatungen bis in den September ausgedehnt hatte, nur gewissermaßen eine provisorische Festsetzung für alle Fälle bedeuten sollte und daß das mit dem Reichstagszusammentritt zu erwartende Agitationsschauspiel besser noch etwas hinausgeschoben würde, zumal heute die politische Ungewißheit und die Gegensätze im Volke größer sind als je. Zudem bilden die Neuaufreizung der politischen Gegensätze durch den Rathenauprozeß und die geradezu widerlichen Vorgänge vor und nach der Versammlung im Zirkus Busch in Berlin recht unerfreuliche Kulissen für die Ereignisse, die auf der politischen Bühne des Reichstages in Aussicht stehen. Man erwartet von den endlosen Agitationsreden im Reichstag vor leeren Bänken kaum noch eine irgendwie erfolgverheißende Arbeit, um so weniger, als die Parteien die Reichstagspause keineswegs zur Klärung des interparteilichen Verhältnisses ausgenutzt haben, als die mit so lauten Fanfaren angekündigte bürgerliche Arbeitsgemeinschaft vom Zentrum bis zur Deutschen Volkspartei nicht nur keine Fortschritte, sondern nur noch größere Hemmungen aufzuweisen hat und gegenüber dem sozialistischen Zusammenschluß die kostbarste Zeit nutzlos verstrichen ist. Trotzdem ist die Tagung des Reichstages infolge des sozialistischen Widerstandes gegen die vom Ausschuß und vom Reichsrat beschlossene Erhöhung des Preises für die Getreideumlage und infolge des festen Willens der Sozialisten, die ungeklärte politische Lage für eine Wiederwahl Eberts zum Reichspräsidenten auszunutzen, notwendig geworden.

Ob es im übrigen gelingen wird, wie beabsichtigt, den ersten Sitzungsabschnitt des Parlaments auf acht Tage zu beschränken, dann aber die Sitzungen bis Mitte November auszusetzen, kann füglich bezweifelt werden, da über die beiden Hauptberatungsgegenstände noch die allergrößte Unklarheit herrscht. Wir haben des öfteren bereits auf das sozialistische Agitationsbedürfnis hingewiesen, das auf keinem Gebiete mehr auf seine Kosten zu kommen hofft als auf dem des Brotpreises, und so besteht die begründete Aussicht, daß sich die Behandlung des Umlagepreises trotz der allerklarsten Sachlage zu einer jener riesigen Ernährungs- und Teuerungsdebatten auswächst, deren Tendenz zur Endlosigkeit jedem bekannt ist, und die, ohne zu irgendeinem greifbaren Ergebnis zu führen, eine schwere Belastung des öffentlichen Lebens, der inneren Geschlossenheit und des Regierungsapparates bedeuten. Wir haben es im Sommer erlebt, daß der Umlagepreis zum größten Schaden einer Produktionssteigerung an landwirtschaftlichen Erzeugnissen lediglich nach politischen Gesichtspunkten festgesetzt wurde, wir sehen, daß diese Tatsache in Verbindung mit der die ersten Erwartungen noch erheblich übertreffenden schlechten Ernte zu einer schweren Gefährdung unserer Ernährungswirtschaft zu werden droht, und daß bei dem völlig unzulänglichen Umlagepreis, der weit unter den Kosten der Neuproduktion bleibt, die Getreide-Erzeugung im nächsten Jahre in unerträglichem Maße eingeschränkt werden muß. Und wenn auch die bürgerlichen Parteien bisher in erfreulicher Einmütigkeit die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Erhöhung des Umlagepreises betont haben, so läßt sich heute noch keineswegs mit Bestimmtheit voraussagen, ob im Reichstage die wirtschaftliche Einsicht oder schließlich wieder in einem faulen Kompromiß der sozialistische Agitationswille siegen werden. Leider sind auch außer der verunglückten Verordnung zur Beschränkung des Markenbrotbezuges keine Vorbereitungen zu erkennen, gleichzeitig mit der aus Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Getreidewirtschaft unumgänglichen Erhöhung des Umlagepreises eine Verbilligung des Brotpreises für die Minderbemittelten eintreten zu lassen.

Noch viel unübersichtlicher und ungeklärter sind die Verhältnisse in bezug auf die Reichspräsidentenwahl, die nach dem Regierungsvorschlag auf den 3. Dezember festgesetzt werden soll. Darauf drängt besonders die Sozialdemokratie, die die Konjunktur — die Scheu vor einem scharfen Wahlkampf in dieser aufgeregten Zeit und die Verzögerung in der Gründung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft — ausnützen will, um Eberts Stellung erneut auf sieben Jahre zu sichern. Wenn nun auch in den bürgerlichen Koalitionsparteien, mehr noch allerdings unter ihren Führern, die Neigung besteht, einer Wahl Eberts keine Hindernisse in den Weg zu legen, so stößt sie doch außer bei den Deutschnationalen auf sehr begreiflichen Widerstand in der Deutschen Volkspartei. Und als kaum vermeidbare Konsequenz aus einem